

Links **Blick**

Ausgabe 2-2022

www.die-linke-thueringen.de

Thüringen als Tourismusland

auf Seite 7

Verkehrswende: Es braucht Alternativen zum Wohlfühlen.

auf den Seiten 4 und 5

Foto: ferkelraggae - stock.adobe.com

Stabilität und soziale Gerechtigkeit bei der Energieversorgung sowie bezahlbare Mobilität: Das sind die Themen welche Menschen zurecht beschäftigen. Denn dass sich Mineralölkonzerne schamlos als Kriegsgewinnler und Krisenprofiteure zeigen, ist nicht hinnehmbar, während die kleinen Leute tief in die Tasche greifen müssen, um auf Arbeit oder zum Arzt zu gelangen. Wir sagen: „Energie muss wieder bezahlbar sein!“. Deshalb führt DIE LINKE. Thüringen jetzt auch eine landesweite Kampagne zu diesem Thema durch. Mehr zu den Inhalten, Termine und sonstige Informationen finden sie auf der Kampagnenseite: energiepreise.die-linke-th.de

Wie die Mobilität der Zukunft aussehen kann und was die Besonderheiten im ländlichen Raum ausmachen, darüber reden Bodo Ramelow und Annika von Fridays for Future im Interview. Was kann die Alternative zum Auto sein? Ist der eigene PKW wirklich der Inbegriff von Freiheit? Wie kommen wir von fossilen Energieträgern weg?

Dem Frieden eine Chance!



„Nie haben wir es für möglich gehalten, dass Russland seine ukrainischen Nachbarn, seinen früheren Bruderstaat, überfällt. In dieser Brutalität, mit diesen Kriegsverbrechen. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Wir müssen befürchten, dass der Krieg noch lange in der Ukraine wütet.“ Jan van Aken über den Krieg Russlands gegen die Ukraine und warum Aufrüstung trotzdem keine gute Idee ist. Welche Maßnahmen aus seiner Sicht wirksam wären und wofür die 100 Mrd. besser ausgegeben werden könnten.

auf Seite 3

Bildung macht Lust auf Zukunft



auf Seite 6

DIE LINKE will Lust auf Zukunft machen, auf eine gute Zukunft für alle. Kinder und Zukunft bilden eine Einheit. Daher gilt: Wer Zukunft gestalten will, muss vom Kind her denken, für alle Kinder Möglichkeiten eröffnen und nachhaltig und dauerhaft in Bildung investieren. Mehr zum Thema Bildung, sowie einen CDU-Faktencheck dazu finden Sie auf der Seite 6.

Sommer. Sonne. Thüringen.

Liebe Leserinnen und Leser, die Sommerferien stehen an. Endlich, werden viele von Ihnen denken. Endlich Zeit für einen Urlaub und eine wohlverdiente Pause vom Alltag. Doch ganz lassen uns die Sorgen des Alltags auch in dieser Zeit nicht los. Nachdem wir gemeinsam zwei Jahre der Pandemie durchgestanden und aufeinander Acht gegeben haben, schauen wir besorgt auf das, was durch Putins Angriff in der Ukraine passiert. Dieser, durch nichts zu rechtfertigende, Krieg erschüttert uns in unseren Grundfesten. Er wirft lang geglaubte Wahrheiten und vermeintliche Sicherheiten über Bord. So wird plötzlich der Aufrüstung das Wort geredet und von der Ampelkoalition werden Unsummen dafür beschlossen. Es ist tragisch, dass SPD, Grüne, FDP und CDU nicht einmal bereit sind, in mindestens gleichem Umfang in bessere Gesundheitsversorgung, Bildung, bezahlbaren Wohnraum, Klimaschutz und Energiewende zu investieren, sondern 100 Milliarden Euro allein für weitere Hochrüstung und Militarisierung ausgeben. Dabei wäre es dringend notwendig die erneuerbaren Energien auszubauen und das Geld für eine soziale Energiewende auszugeben, denn die Klimakrise macht keine Pause. Die Mär vom nicht vorhandenen Geld wäre damit auch ein für alle mal vom Tisch, es fehlt am Willen. Trotz aller Sorgen haben viele Menschen in Thüringen in den letzten Wochen auch unglaubliche Hilfsbereitschaft gezeigt bevor der Staat dazu in der Lage war. Es wurden Spenden gesammelt und Menschen aus der Ukraine hier beim Ankommen geholfen. Gelebte Solidarität, eine Menschlichkeit auf die wir als Gesellschaft stolz sein dürfen. Die Folgen des Krieges aber auch der

Spekulation mit Lebensmitteln und Energie spüren wir auch hier. An der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder der Nebenkostenabrechnung. Längst nicht jedes Kind in Thüringen kann sich auf eine Urlaubsreise freuen in Anbetracht der Preise für das alltägliche Leben. Wir meinen: Hier muss gehandelt werden!

Nicht mit Rabattaktionen an der Tankstelle, die sich die Ölkonzerne in die Tasche stecken oder Entlastungspaketen von denen 580.000 Rentnerinnen und Rentner in Thüringen nichts haben. Wir wollen, dass jene stärker belastet werden müssen, die in der Krise geradezu unanständige Gewinne einfahren, zu Lasten aller. In der Krise müssen jene entlastet werden, die es dringend brauchen, damit ihnen die Preissteigerungen nicht über den Kopf wachsen. Die Finanzierung dafür muss aus einer Übergewinnsteuer für Krisengewinne kommen. Dafür macht sich auch die linksgeführte rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen im Bundesrat

stark. Auch andere Hürden zu nehmen scheut die Landesregierung mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident nicht. Ohne Mehrheit im Thüringer Landtag streiten wir weiter als LINKE gemeinsam mit unseren Partnerinnen von SPD und Grünen und vielen Menschen im Land für ein sozial und ökologisch gerechtes Thüringen. Ein wichtiger Baustein für uns: Bildung beitragsfrei, vom Kindergarten bis zum Meister oder Master. Dafür stehen wir als LINKE und das haben wir beim vergangenen Parteitag nochmals klargemacht. Anders als die CDU in Thüringen wollen wir investieren, statt ein dickes Sparsäcklein umherzutragen und uns wohlfeil darüber zu freuen. Das Geld aus Steuereinnahmen gehört den Menschen und wir müssen es für sie einsetzen. Das heißt nicht, unvernünftig einen Geldregen auszuschütten, sondern klug in die Zukunft zu investieren.

Deshalb werden wir unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen, dass nicht nur die Kirche im Dorf bleibt,

sondern auch die Kaufhalle. Und dass der Bus kommt, am besten mit Strom, nicht nur donnerstags. Sozial und ökologisch gerecht heißt für uns, die Betriebe und Beschäftigten in Thüringen mit der Energiewende nicht allein zu lassen. Das von Bodo Ramelow vorgeschlagene Projekt zur Unterstützung der Glasindustrie bei der Umstellung von Gas auf grünen Strom ist ein zukunftsweisendes Projekt. Zu unserer Vorstellung von Gerechtigkeit gehört, dass man in Stadt und Land, an jedem Ort in Thüringen, gut leben kann. Mit Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten und Krankenversorgung und allem anderen, was wir im Alltag brauchen.

Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam Thüringen noch besser zu machen und wünschen Ihnen eine gute Sommerzeit, wo und wie auch immer Sie diese verbringen.

*Ulrike Grosse-Röthig, Christian Schaft
Landesvorsitzende DIE LINKE. Thüringen*



Die Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig (r) und Christian Schaft (l) zusammen mit Bodo Ramelow auf dem Landesparteitag am 21.5. in Bad Blankenburg.

LINKE für Armutskonferenz

Thüringen hat mit 8,1 Prozent die höchste Inflationsrate im Bundesvergleich, im Stadtstaat Hamburg mit nur 6,8 Prozent deutlich geringer. Erschwerend wird dieser Effekt dadurch, dass in Hamburg das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen mit 5209 Euro wesentlich höher ausfällt, als hier im Freistaat (3542 Euro).

Die strukturellen Gründe und die bis heute hier spürbaren Nachwehen der Wiedervereinigung interessierten die Thüringer Parteienlandschaft unterschiedlich stark. Während die CDU die niedrigen Löhne im Osten gerne als Standort- und Wettbewerbsvorteil

anpries, arbeiteten PDS und dann DIE LINKE immer daran, die besonderen Interessen der ostdeutschen Erfahrungen in den gesamtdeutschen politischen Diskurs einzubringen. Unvergessen ist Bodo Ramelows Einsatz für die Menschen in Bischofferode und in den letzten Jahren hat sich die Situation, auch durch diesen Einsatz, deutlich verbessert.

Durch demographische Entwicklung und den steigenden Fachkräftebedarf sind die Chancen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt so gut wie nie, der sich immer mehr in Richtung Arbeitnehmer:innenmarkt entwickelt. Diese positiven Entwicklungen können je-

doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Viele sich gerade Gedanken um jeden Euro machen müssen, den Sie ausgeben wollen oder müssen.

Die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind die stärksten Inflationstreiber und hier finanziell schwache Menschen besonders betroffen. Renten und Erwerbslosengelder steigen immer langsamer als die tatsächlichen Ausgaben, doch neu ist aktuell, dass auch der Mittelbauch der Gesellschaft immer stärker betroffen ist. Für uns als LINKE. Thüringen ist deshalb eine Sache klar, die Menschen müssen entlastet und die Krisengewinner stärker zur Kasse gebeten

werden. Es kann nicht sein, dass die einen Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten, während sich andere zwischen Einkauf und Stromrechnung entscheiden müssen.

Wir fordern deshalb, dass im Renten-, Erwerbslosen- und Arbeitnehmer:innenbereich die tatsächlichen Kosten für Leben und Energie herangezogen werden. Dafür unterstützen wir die Bildung einer thüringenweiten Armutskonferenz, die wir auch finanziell unterstützen und die diesen Belangen Raum geben soll. Um nicht über die Betroffenen, sondern mit Ihnen zu reden.

Paul Becker

Dem Frieden eine Chance!

Friedenspolitiker Jan van Aken im September 2021 im Gespräch mit Bürger*innen auf dem Erfurter Anger.



Nie haben wir es für möglich gehalten, dass Russland seine ukrainischen Nachbarn, seinen früheren Bruderstaat, überfällt. In dieser Brutalität, mit diesen Kriegsverbrechen. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Wir müssen befürchten, dass der Krieg noch lange in der Ukraine wütet.

Was also tun? Einerseits müssen wir verhindern, dass der Krieg immer weiter eskaliert. Andererseits braucht es eine starke Antwort, um die Kosten für den Kreml so hoch zu treiben, dass sie ernsthaft einen Frieden verhandeln und die Aggression stoppen. Und nicht auch noch

Moldawien oder andere Länder überfallen.

Deutschland hat aus den Weltkriegen eine wichtige Lehre gezogen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Militarismus. Unsere tiefe Überzeugung war es, bei Konflikten immer zuerst nach einer friedlichen Lösung zu suchen. Diese Wahrheit ist in den letzten Monaten leider aus den Fugen geraten. Pazifismus wurde fast schon zum Schimpfwort, ganz Deutschland überbot sich darin, immer noch mehr und noch schwerere Waffen liefern zu wollen.

Dabei gibt es doch Alternativen. Wer den Krieg nur militärisch denkt, hat schon verloren. Druck auf den Kreml kann auch sehr wohl ein wirtschaftlicher sein. Nicht nur diese löchrigen Sanktionen, die die EU bislang entschieden hat: In denen gibt es so viele Ausnahmen, dass sie kaum wirken. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat schon gleich nach Beginn des Krieges vorgeschlagen, alle 20.000 Multimillionäre Russlands auf

eine Sanktionsliste zu setzen. Sie sind das Herz der russischen Wirtschaft, sie sind die zentrale Machtbasis des Kremls. Wenn ihnen ihre Luxusvillen am Starnberger See weggenommen werden, die Auslandskonten eingefroren – dann wird die Wirtschaft Russlands massiv ins Schlingern kommen und der Kreml unter Druck geraten.

Der Weg zum Frieden muss friedlich bleiben, aber er darf auch nicht hilflos sein. Statt Waffenlieferungen würden gezielte Sanktionen viel mehr Druck auf die Macht in Moskau ausüben können, ohne gleich die ganze Welt in eine Wirtschaftskrise zu stürzen. Und die jetzt beschlossenen 100 Mrd. Sondervermögen sollten nicht für Waffen ausgegeben werden, sondern für eine sinnvolle Energiewende. Auch, um die Menschen hier in Deutschland von den gestiegenen Energiekosten zu entlasten. Das Geld ist da – es muss nur für die richtigen Dinge ausgegeben werden.

Jan van Aken

Linke Politik braucht deine Unterstützung. Spende jetzt.

www.die-linke-thueringen.de/spenden



Linke Politik ist notwendiger denn je

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir leben in unruhigen Zeiten – sowohl in Thüringen als auch im Bund, in Europa und der Welt. Putins völkerrechtswidriger Krieg gegen die Ukraine, (aber auch die ständige militärische Aggression des NATO-Partners Türkei gegen die Selbstverwaltungen in Rojava und Kobane), Corona und der Klimawandel finden nicht in einem anderen Universum statt, sondern betreffen auf unterschiedliche Weise auch die Menschen in unserem Freistaat.

All diese Ereignisse streuen Salz in Wunden, die bereits lange schwelen. Energiesouveränität, eine umfassende Gesundheitsversorgung in Stadt und Land für jeden Menschen und Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom Geldbeutel der Eltern müssen die Kernaufgabe einer Politik sein, in deren Mittelpunkt eine solidarische Gesellschaft in Gleichheit, Freiheit und Vielfalt steht.

Für dieses Ziel arbeite ich und arbeitet meine Partei DIE LINKE. in Thüringen seit 2014 in Regierungsverantwortung täglich hart. Ich bin fest davon überzeugt, dass linke Politik gerade in Zeiten, in denen viele vermeintliche Gewissheiten wegzubrechen drohen, notwendiger denn je ist. Zurzeit geht es um die Zukunft von 3.500 Bergleuten im Kalirevier und 7.000 Beschäftigte in der Glasindustrie, aber auch um 220 Mitarbeiter in der Oettinger Brauerei in Gotha. Die Thüringer Landesregierung steht konkret zu den Menschen und arbeitet mit an gemeinsamen Zukunftsplänen. Es muss gelten: Menschen vor Märkte!

Erst vor wenigen Wochen haben wir auf einem Landesparteitag in Bad Blankenburg auch bereits erste Weichen für die kommenden Landtagswahlen im Jahr 2024 gestellt. Wie 2019 streben wir das Ziel an, als stärkste Kraft für weite-

re fünf Jahre in Regierungsverantwortung die großen Fragen unserer Zeit genauso zu beantworten, wie die ganz konkreten alltäglichen Sorgen der Menschen in unserem Freistaat produktiv aufzulösen.

Dass Thüringen trotz der vielen Herausforderungen der Vergangenheit und Gegenwart weiter auf Kurs bleibt, verdankt es zuallererst natürlich auch Ihnen – den Bürgerinnen und Bürgern. Sie sind es, die tagtäglich im Verein, am Arbeitsplatz oder im Nachbarschaftsdienst die Worte Demokratie und Solidarität mit Leben füllen und unseren Freistaat im Herzen Deutschlands lebenswert machen.

Diesen Weg möchte ich weiter mit Ihnen gehen und wünsche Ihnen einen angenehmen, erholsamen und vor allem gesunden Sommer!

Ihr
Bodo Ramelow



Es braucht Alternativen zum Wohlfühlen.

Linda Stark, Landesvorstandsmitglied der LINKEN. Thüringen im Gespräch mit Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident und Annika von Fridays for Future.

Linda: Ich freue mich sehr, dass ihr euch die Zeit genommen habt mit mir über die Mobilitätswende zu sprechen. Die erste Frage geht an Annika: Welche Rolle spielt die Mobilitätswende in deinem Aktivismus?

Annika: Die Mobilitätswende ist eines der zentralen Themen der Klimakrise. Von daher gibt es super viele Aktivitäten und Initiativen, die gemeinsam mit Fridays for Future für die notwendige Mobilitäts- und Verkehrswende kämpfen. Leider ist der Verkehrssektor noch immer der Sektor, bei dem am wenigsten Fortschritt zu sehen ist.

Linda: Der Begriff Mobilitätswende bezeichnet ja den Prozess von Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, den Verkehr und die Mobilität nachhaltig umzugestalten.

Der Verkehr ist für rund ein Fünftel der Deutschen Treibhausgasemission verantwortlich, über 90 % trägt allein der Straßenverkehr bei. In diesem Zusammenhang möchte ich mit euch über das Thema Autofahren als „Symbol der Freiheit“ sprechen. Worin seht ihr die größten Hürden, Menschen zum freiwilligen Umsteigen auf umweltfreundliche Mobilität zu bewegen?

Bodo: Dazu möchte ich gern mit meinem persönlichen Erleben beginnen. Ich bin von 2005 bis 2009 Abgeordneter im Deutschen Bundestag gewesen und hatte in dieser Zeit meinen Lebensmittelpunkt in Berlin. In diesen Jahren brauchte ich kein Auto. Die Mobilitätsangebote in Berlin waren so umfangreich, dass ich überall und jederzeit hingekommen bin. Und wenn ich doch mal ein Auto gebraucht habe, habe ich dafür Carsharing genutzt. In meinen Thüringer Wahlkreis bin ich mit der Eisenbahn gefahren.

Sicher ist das Berliner Beispiel nicht auf Thüringen übertragbar. Die Menschen, die bspw. in Sonneberg oder im Saale-Orla-Kreis wohnen, wo der Bus nur ein oder zweimal am Tag durchfährt, können nicht so einfach auf das Auto verzichten. Die Verkehrspolitik der Bundesregierungen seit 1990 trägt die Verantwortung dafür, dass maßgeblich in Bundesstraßen investiert und im Gegenzug ein Fünftel des deutschen Schienennetzes stillgelegt worden ist. Allein im ländlich geprägten Ostdeutschland wurden 2.600 km stillgelegt, dies entspricht 40 % des gesamten

Streckennetzes Deutschlands. Deswegen brauchen wir nachhaltige und zukunftsfähige Mobilitätsangebote mit integrativen Elementen. Die Thüringer Landesregierung hat dazu verschiedene Modelle gestartet, um Erfahrungen im Zusammenspiel von ÖPNV, Taxis und Bürgerbussen zu sammeln.

Das eigene Auto wird als Inbegriff von Freiheit verstanden.

Annika: Ich glaube das Problem fängt häufig damit an, dass bei der Debatte um die Verkehrswende das eigene Auto noch immer als der Inbegriff von Freiheit verstanden wird, auf die nicht verzichtet werden kann. Aber sind wir mittlerweile nicht an einem Punkt angekommen, an dem wir nicht mehr entscheiden können, ob wir auf etwas verzichten, sondern wie wir zu verzichten haben? Verzichteten wir lieber darauf mit 260 km/h über die Autobahn zu brettern oder auf stabile Ökosysteme?

Bodo: Ehrlich gesagt, sehe ich das gar nicht als eine Frage des Verzichtes, sondern vielmehr der Vernunft. In meiner Berliner Zeit habe ich kein Auto vermisst. Ich hatte ohne Auto keine Einschränkungen meiner Freiheit, ganz im Gegenteil. Oder schauen wir auf das europäische Schienennetz. In der Schweiz hat das Waldsterben in den 1980er Jahren für ein komplett neues Bewusstsein des öffentlichen

Verkehrs gesorgt. Die Schweizer haben ein Ticket zum Nutzen des kompletten Schweizer Nah- und Fernverkehrs, also Züge, Schiffe und Bergbahnen gleichermaßen, geschaffen. Das Ticket ist ein voller Erfolg, weil es eine attraktive Alternative zum Auto bietet.

Linda: Annika, welche Wünsche hast du denn an unsere Regierung den ÖPNV im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten?

Annika: Ich kann die Schwierigkeiten der Mobilität in Stadt und Land gut nachvollziehen. Aktuell lebe ich zwar in Erfurt und brauche überhaupt kein Auto. Aber ursprünglich komme auch ich vom Dorf, in dem es nur spärliche Busanbindungen gibt. Da bin auch ich auf das Auto angewiesen, weil die Alternativen noch nicht geschaffen wurden. Ich wünschte es würden mehr Gemeinschaftsmodelle wie Rufbusse und Sammeltaxen etabliert werden. Und natürlich muss der ÖPNV auf dem Land generell stärker ausgebaut werden, aber bezahlbar sein.

Bodo: Zudem gibt es auch in Thüringen zahlreiche Fahrdienste im Bereich der Pflege, die auch durch die Thüringer Dörfer fahren. Bisher dürfen sie aus Versicherungsgründen niemanden mitnehmen, aber auch das ließe sich anders gestalten. Unsere gesammelten Erfahrungen mit den Thüringer Bürgerbussen werden bessere Erkenntnisse leisten, wie wir Gemeinschaftsprojekte noch effektiver unterstützen können.

Ich bin bereits einige Male im Bürgerbus der Linie Stadtroda-Schlöben mitgefahren. Den ehrenamtlichen Fahrern der Bürgerbusse gebührt mein voller Respekt. Sie verbinden nicht nur die Wege zwischen den Gemeinden, sondern schaffen eine neue Qualität des sozialen Miteinanders. Auf meiner letzten Tour mit dem Bürgerbus erzählte mir eine ältere Dame lächelnd, dass sie nun keine Zeitung mehr lesen müsse, um zu erfahren was in ihrer Gegend los ist, weil man endlich wieder miteinander spricht.

Und bei aller Kritik am 9 Euro Ticket der Bundesregierung, zeigt es, dass preiswerte Mobilität möglich ist.

Es braucht Alternativen, bei denen man sich wohlfühlen kann.

Annika: Genau diese guten Erfahrungen braucht es, um die Verkehrswende voranzubringen. Wenn Menschen gute Erfahrungen sammeln, dann werden sie auch feststellen, dass sie das Auto gar nicht mehr wollen. Es braucht eben diese Alternativen, bei denen man sich mindestens genauso wohlfühlen kann, als wenn man mit dem eigenen Auto fährt.

Bodo: Eine der drängendsten Fragen der Energiewende bleibt, wie wir von der fossilen Energie wegkommen. Darauf hätten wir schon vor Jahren eine



„Früher nannte man das Trampen und heute kann man dabei gemütlich sitzen. Ich bin dankbar über diese private Initiativen.“ So Bodo Ramelow 2019, bei einer Wanderung durch den Thüringer Wald mit Gregor Gysi auf einer Mitfahrbank in Vesser.



Immer wieder machen die Aktivist*innen von Fridays for Future mit Protestaktionen auf die Gefahren des Klimawandels aufmerksam und fordern ein schnelles Einschreiten der Politik, um die schlimmsten Folgen noch abwenden zu können.
Bild u.l. Annika von FFF Erfurt.

Antwort entwickeln müssen. Unsere Energiearchitektur muss sich grundlegend ändern. Die Energie kann nicht länger von oben nach unten gehen, also von Kraftwerken hin zum Endverbraucher, sondern muss lokal vom Endverbraucher nach oben geführt werden. Für jede Gemeinde müsste eine Energiebilanz entwickelt und ein Entwicklungsplan aufgestellt werden, mit dem Ziel, die benötigte Energie in der Gemeinde vor Ort, durch regenerative Produktion wohnortnah zu erzeugen.

Linda: Es scheint also, als wären auch für ein Flächenland wie Thüringen genügend Alternativen zum Auto in Aussicht. Wie aber steht ihr zur allgemeinen Reduzierung von Mobilität, Stichwort Homeoffice?

Annika: Die allgemeine Verkehrsreduzierung ist extrem wichtig. Wir haben während der Coronapandemie gesehen, dass das Arbeiten im Homeoffice für viele Menschen zu einem überzeugenden Konzept geworden ist. Sicher ist es nicht in jedem Arbeitsbereich möglich von zu Hause zu arbeiten. Aber dort, wo es machbar ist, sollte es genutzt werden. Im ländlichen Raum könnten dafür auch „Co-Working-Spaces“ entstehen, also das gemeinsame Nutzen von Räumlichkeiten von Angestellten verschiedener Firmen.

Linda: Bodo, wie stehst du zum Thema Homeoffice?

Bodo: Ich glaube, dass uns die Digitalisierung in die Lage versetzt hat, Arbeit völlig neu zu denken. Das schien zu Beginn der Corona-Pandemie aufgrund technischer Hürden vielerorts nicht vorstellbar. Doch alle technischen Hürden sind lösbar.

Häufig sind es die eigenen Gewohnheiten, die die Chancen der Digitalisierung ausbremsen. Es gibt Menschen, die auf eine Arbeitsstruktur von 9 bis 17 Uhr

emotional angewiesen sind. Genau wie es Vorgesetzte gibt, die ihre Mitarbeiter lieber im Büro sehen wollen. Dabei hat die Industriephilosophie schon vor Jahrzehnten gezeigt, dass die Abschaffung der Kernarbeitszeiten hin zu Vertrauensarbeitszeiten, zu mehr Zufriedenheit und Motivation in der Belegschaft führt. Sicher ist es auch eine Frage der Machbarkeit des jeweiligen Arbeitsbereiches. Ich habe während der Pandemie viel im Homeoffice gearbeitet. Etliches ließ sich über Videokonferenzen regeln. Doch das zwischenmenschliche Miteinander kann man digital nur schwer pflegen. Schließlich geht es auch nicht darum, das Eine durch das Andere zu ersetzen, sondern weiterzuentwickeln.

Linda: Aktuell haben die Bürger*innen besonders mit den hohen Spritpreisen zu kämpfen. Die Kampagne „Energie muss wieder bezahlbar sein!“ der Thüringer LINKEN appelliert an die Bundesregierung, alle Bürger*innen bedarfsgerecht zu entlasten. Viele können sich den Weg zur Arbeit kaum noch leisten. Das 9 Euro Ticket kommt im ländlichen Raum kaum zum Tragen. Was kann eurer Meinung nach Betroffenen in der Energiepreiskrise helfen?

Bodo: Gemeinsam mit meinen LINKEN Regierungskolleg*innen in Bremen, Berlin und MV fordern wir für ein 100 Mrd. Euro-Paket für eine gerechte Energiewende.

Die Preise sind nicht erst seit dem 24. Februar gestiegen

Die explodierenden Energiepreise dürfen die Spaltung der Gesellschaft nicht weiter vorantreiben. Und Putins Krieg funktioniert umso länger, weil Deutschland weiter auf fossile Energie setzt. Das muss ein Ende haben. Über

60 Prozent der Primärenergieversorgung in Deutschland sind mittlerweile direkt oder indirekt in russischer Hand. Das heißt, dass die Preise nicht erst mit dem 24. Februar gestiegen sind. Ich war bei der Glasindustrie, deren Vertreter mir deutlich gemacht haben, dass bereits im Dezember die Energiepreise durch die Decke gegangen sind. Große Konzerne wie Shell schreiben gerade Rekordzahlen an Gewinnen. Diese unverhältnismäßigen Übergewinne der Krisenprofiteure müssen abgeschöpft und zum Wohle der Gemeinschaft aufgeteilt werden.

Annika: Ich glaube auch, dass die aktuelle Preissteigerung nur ein Vorgeschmack auf das ist, was noch kommen wird. Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Strom und Gas sind einerseits Folgen der Pandemie und des russischen Angriffskriegs, doch die Folgen der Klimakrise werden künftig noch heftiger zu spüren sein.

Das Problem liegt ja nicht allein bei den explodierenden Preisen. Hinzukommt, dass viele Arbeiter*innen generell nicht ausreichend entlohnt werden und Gewinne ausschließlich in die Kasse der Mächtigen fließen. Sicher muss auf den akuten Preisanstieg unmittelbar reagiert werden, doch wird das ebenso ein längerfristiges Problem bleiben. Darauf müssen wir gemeinschaftliche Antworten finden. Es müssen endlich die Menschen entlastet werden, die es am dringendsten brauchen und zwar bedarfsgerecht, nicht nach dem Gießkannenprinzip.

Bodo: Ich bin sehr dankbar, dass du die soziale Frage so deutlich ansprichst. Das wird im Moment völlig übersehen. Ich habe als Ministerpräsident ein hohes Einkommen, aber wozu bekomme ich extra noch eine Steuergutschrift? Sicher muss auch ich die hohen Energiekosten bezahlen, aber im Verhältnis zu meinem Einkommen, ist das eine

planbare Größe. Für alle Geringverdienenden, wird die Frage der Spritpreise eine Existenzentscheidung, weil sie kaum noch wissen, wie sie das bezahlen sollen. Das wird zum sozialen Sprengstoff.

Wir haben im Bundesrat bei der Abstimmung des Entlastungspaket der Ampelregierung klar gemacht, dass es unbedingt eine Nachsteuerung für alle braucht, die bisher vergessen wurden: Rentner, Studierende, Soloselbstständige. Es geht aber nicht allein um Unterstützungspakete und Gutschriften, sondern um einen kompletten Umbau. Übergewinne müssen in die Absicherung sozialer Mindeststandards fließen.

Linda: Wie steht ihr zur Umstellung auf Wasserstoff in der Mobilitätswende?

Annika: Wichtig ist, dass nicht einfach allgemein über den Einsatz von Wasserstoff gesprochen wird und woher er kommen soll. Der Import aus Ländern des globalen Südens birgt die Gefahren, dass die Verantwortung unseres hohen Energiekonsums an andere Länder abgeschoben wird und damit neue Ausbeutungsverhältnisse erzeugen werden.

Energiewende geht nur dezentral, regional und regenerativ

Bodo: Zunächst ist zu sagen, dass Wasserstoff, obwohl er zu einem der grundlegendsten Elemente der Erde zählt, nicht einfach so verfügbar ist. Er muss über ein Elektrolyseverfahren hergestellt werden. Es gibt verschiedene Arten der Herstellung, doch grüner Wasserstoff wird aus erneuerbaren Energien wie Wind und Solaranlagen gewonnen. Bei diesem Verfahren kommt es noch immer zu Energieverlusten. Umso mehr freue ich mich über die Eröffnung des Wasserstoff-Forschungszentrums in Sonneberg im kommenden Herbst, in dem die Anwendung von Wassertechnologien besser erforscht werden soll. Natürlich kann grüner Wasserstoff nicht allein alle Herausforderungen der Mobilitätswende lösen. Der Individualverkehr muss neu definiert werden. Es braucht Mobilitätsgarantien für alle Orte Thüringens. Der Mehrwert von Gemeinschaftsprojekten muss spürbar vermittelt werden. Kurzum, eine gerechte Energiewende braucht eine neue Energiearchitektur, die von unten nach oben verläuft: dezentral, regional und regenerativ ohne das Land gegen die Stadt auszuspielen.

Linda: Vielen Dank euch beiden für das Interview.

Bildung macht Lust auf Zukunft



Foto: Rido - stock.adobe.com

Von 1921 bis 1923 regierte in Thüringen eine Minderheitskoalition von SPD und USPD, die von den Kommunisten im Landtag geduldet und unterstützt wurde. Dieser fragilen Situation zum Trotz, schlug die Koalition einen deutlichen Linkskurs ein, der sich vor allem in einer sozialen Bildungspolitik zeigte. Volksbildungsminister war der linke Sozialdemokrat Max Greil. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Thüringen zum Modell für den „Kulturstaat der Zukunft“ auszubauen. 100 Jahre später steht Thüringen erneut vor einer Richtungsentscheidung.

Soll Thüringen bildungspolitisch eine Rolle rückwärts machen oder gelingt ein Vorwärtsschritt in eine gerechte Zukunft? Konkret: Wollen wir weniger Inklusion, ein Verharren im streng und hierarchisch gegliederten Schulsystem und weniger Geld zur Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern? Oder brauchen wir im 21. Jahrhundert nicht tatsächlich gute Bildung für die Kinder und Jugendlichen in Thüringen von Anfang an und lebenslang, unabhängig von der sozialen Herkunft. Dafür steht die Linke: Längeres gemeinsames, inklusives

Lernen, schrittweise Beitragsfreiheit in allen Bildungsphasen, ein offenes, gleichberechtigtes System der Schularten mit starken Gemeinschaftsschulen und die Bekämpfung des Lehrer*innenmangels.

Der Schriftsteller Ernst Toller sagte 1936 in London auf einem Schriftstellerkongress: „Wir sind Pflüger, und wir wissen nicht, ob wir Erntende sein werden.“ In der Tat ist die Bildungspolitik, um im Bild zu bleiben, ein großes, weites Feld. Die Wirkungen politischer Entscheidungen sind erst nach Jahren zu spüren. So

spüren die Menschen jetzt die verfehlte Politik der Vorgängerregierungen mit ihren drastischen Auswirkungen. Allein die demografische Unwucht in der Lehrer*innenschaft zu bewältigen, ist eine Generationenaufgabe.

Das linksgeführte Bildungsministerium hat diese und eine Vielzahl anderer Herausforderungen angepackt. Auch unerwartete wie die Coronakrise. Viele Saaten sind gesät. Linke Bildungspolitik wird dabei nicht am grünen Tisch, sondern im Dialog mit vielen Partnerinnen und Partnern vorbereitet und dann mit Weitblick und Entschlossenheit umgesetzt.

Denn die bildungspolitischen Herausforderungen werden bleiben und weiter zunehmen. Sparpolitik im Bildungsbereich ist die falsche Antwort zur falschen Zeit. Im Gegenteil: Gute, gerechte Bildung ist angesichts vieler Krisen und globaler Gefahren ein entscheidender Beitrag, den Thüringen zu Frieden, Fortschritt und Stabilität leisten kann.

DIE LINKE will Lust auf Zukunft machen, auf eine gute Zukunft für alle. Kinder und Zukunft bilden eine Einheit. Daher gilt: Wer Zukunft gestalten will, muss vom Kind her denken, für alle Kinder Möglichkeiten eröffnen und nachhaltig und dauerhaft in Bildung investieren. Die Kinder sollen die Erntenden linker Politik der aktuellen Minderheitskoalition in Thüringen sein.

Helmut Holter

Faktencheck:

Die CDU und die Schulgeldfreiheit

Am 8. Juni fand im Thüringer Landtag das Sonderplenar zum Thema „Schulgeldfreiheit für Heilberufe“, das in den letzten Wochen heiß diskutiert wurde. Doch warum geht es dabei eigentlich? Und sagt die CDU dabei immer die ganze Wahrheit? Eine Klarstellung:

Wer bezahlt eigentlich Schulgeld?

Es geht hier um Heilberufe, etwa Logopäden, medizinische Bademeister, Ergotherapeuten, Masseur oder Diätassistenten. Schulgeld gibt es aber auch nur an privaten Schulen. Eine Ausbildung an staatlichen Schulen ist immer schulgeldfrei.

Kann Thüringen die Ausbildung an privaten Schulen schulgeldfrei machen?

Nein. Das kann nur der Bund. 2018 haben CDU und SPD dies auch als Ziel im Koalitionsvertrag festgehalten. Passiert ist allerdings nichts. In Erwartung einer Bundesregelung hat Thüringen sich entschieden, privaten Schulträgern

freiwillig die Zuschüsse zu erhöhen, damit diese auf Schulgeld verzichten können. So wurde je Auszubildenden und Monat 180 € an Schulträger zusätzlich überwiesen, insgesamt etwa 2 Mio. €.

War damit die Ausbildung für Heilberufe an privaten Schulen schulgeldfrei?

Nicht unbedingt, eine echte Schulgeldfreiheit kam z.B. nur bei Masseuren und medizinischen Bademeistern an. Bei anderen wurde das Schulgeld nur gesenkt, aber nicht gestrichen.

Aber die CDU will doch jetzt die Schulgeldfreiheit regeln?

Nicht wirklich. Der Gesetzentwurf soll regeln, dass die privaten Träger das Schulgeld von Thüringen erstattet bekommen, wenn sie darauf verzichten. Eine echte verbindliche Schulgeldfreiheit wird damit nicht geregelt.

Das Geld ist doch im Haushalt vorhanden?

Naja, mit der von der CDU durchgesetzten

globalen Minderausgabe hat sie die Landesregierung - Zitat CDU - „zum Sparen gezwungen“, das passt ihr an dieser Stelle aber nicht und will nun, dass Geld weiter an private Schulen gezahlt wird.

Außerdem ist der Gesetzentwurf so gestaltet, dass selbst der Haushaltstitel ohne globale Minderausgabe nicht ausreichen wird, um alle Schulgelder zu erstatten. Wenn dies der Landtag aber will, muss er auch für die Finanzierung Verantwortung übernehmen. Wie? Dazu schweigt die CDU.

Die Erstattung für Verzicht auf Schulgeld an private Schulträger darf nicht dazu führen, dass das von der CDU „erzwungene“ Sparen in anderen Bildungsbereichen verlagert wird. Dies ist keine Lösung. Und die CDU sollte klar formulieren, wie die Finanzierung gesichert werden soll. Grundsätzlich gilt aber auch: der Bund ist gefordert, die Ausbildung für Heilberufe bundeseinheitlich so zu regeln, dass der patientenorientierte Bedarf an Heilberufen durch eine attraktive Ausbildung gesichert wird.



Thüringen als Tourismusland

Foto: Henry Czauderna - stock.adobe.com

Tourismus ist für Thüringen ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Wir müssen uns in diesem Bereich im Spektrum der 8 Deutschen Mittelgebirgsregionen behaupten. Deshalb müssen wir alles daran setzen unser wunderschönes Land weiter attraktiv zu gestalten und mit seinen Vorzügen in der Verbindung von Natur und Kultur auf engstem Raum zu werben. DIE LINKE hat es sich zur Aufgabe gemacht, im Bereich des Tourismus Akzente zu setzen. Tourismuspolitik ist eine Querschnittsaufgabe in der viele Aspekte zusammengeführt werden müssen. Besonders seit der Corona-Pandemie haben Outdoor-Sportarten und das Wandern an der frischen Luft im grünen Herzen Deutschlands zugenommen. Unser Ziel ist und bleibt ein sozial, gerechter, barrierefreier und ökologisch verantwortbarer Tourismus.

Die Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag tritt ein für:

- Sanften und Ressourcen schonenden Tourismus: Tourismus muss ökologisch sein. Wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist der Tourismus von einer intakten Natur abhängig. Tourismus leidet aber nicht nur unter ökologischen Risiken und Katastrophen, sondern trägt auch zu ihrer Auslösung bei.
- Strukturschwache ländliche Gegenden unterstützen: Durch den Ausbau von öffentlichem Nahverkehr müssen auch ländliche Gebiete mit dem ÖPNV erreichbar sein und Tourismusbetriebe gezielt staatliche Förderung erfahren. Fahrzeuge und Routenverbindungen durch Bus und Bahn müssen den Tourismusbedürfnissen angepasst werden. Zudem können durch Anruf-Busse

und Sammeltaxi-Angebote Verbindungslücken geschlossen werden.

- Verbesserung des „Barrierefreien Reisen“: Für die wachsende Anzahl von älteren Menschen und von Menschen mit Handicap bedeutet barrierefrei nicht nur „behindertengerecht“. Viele der landwirtschaftlich besonders reizvollen Orte im Thüringer Wald erfordern „Trittsicherheit“, weshalb in der Realität steile Auf- und Abstiege auf rutschigem Untergrund für diese Zielgruppe nicht zu erreichen sind.
- Gute Arbeit und angemessene Löhne für Beschäftigte in der Gastronomie: Die Corona-Pandemie und ihre Personalfuktuation in der Gastronomie haben gezeigt, dass endlich bessere Arbeitsbedingungen geschaffen und Löhne bezahlt werden müssen, die für ein gutes Leben ausreichen.

Denn es ist das Fachpersonal auch im Gastronomiebereich, welches zu einem gelungenen Urlaub in Thüringen beiträgt und dem Gast das Gefühl gibt, willkommen zu sein.

- Einheitliche Vermarktung vom Sport- und Reiseland Thüringen: Der Freistaat hat die Aufgabe die verschiedenen Angebote in Thüringen durch entsprechende Werbekampagnen, unter anderem auch mit Influencern, sichtbar nach außen zu vermarkten, um Tourismus als Wirtschaftszweig zu unterstützen.
- Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken: Besonders landschaftlich reizvolle stillgelegte Bahnstrecken wie die Oberlandbahn oder touristische Erschließungen durch Draisinen sollte möglich gemacht werden.

Knut Korschewsky



Der ländliche Raum ist in Thüringen zum Ort und Thema politischer Auseinandersetzung geworden. Die konservative Opposition erklärt sich gerne zum alleinigen Interessen- und Sachwalter der in den Dörfern und kleinen Städten lebenden Menschen. Oftmals wird der ländliche Raum dabei als Inbegriff von Lebensort, Identität und Heimat verklärt. Dem gegenüber werden städtische Verdichtungsräume als anonyme und von der Lebensrealität der meisten Menschen abgehobener Kulturraum diskreditiert. Behauptet wird, DIE LINKE richte ihre politischen Angebote ausschließlich an städtische

Milieus. Eine Erzählung, die sich aber auch zunehmend innerhalb der Partei selbst etabliert hat. Scheinbare Begründung findet diese These sowohl in der schwächeren organisatorischen Präsenz der in den sogenannten ländlichen Räumen als auch in den dort im Vergleich zu den städtischen Räumen geringeren Wahlerfolgen. Immer wieder wird deshalb nach speziellen Angeboten und Konzepten gesucht, politische Angebote für den ländlichen Raum zu entwickeln.

Richtig ist, dass es eine deutliche Unterscheidung zwischen Städten und Dörfern gibt. Zwar sind kulturel-

le, soziale, medizinische, bildende oder ökonomische Angebote überall vorhanden. Aber die Dichte und die Vielfalt dieser Angebote ist unterschiedlich ausgeprägt. Ebenso richtig ist auch, dass sogenannte zentrale Orte Funktionen auch für das ländliche Umland übernehmen und diese auch in Anspruch genommen werden. Für einen Teil der Menschen wirkt hier aber ausschließlich, dass öffentliche Mobilitätsangebote nur unzureichend bestehen. Dies trifft insbesondere Kinder und Jugendliche, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Senior:innen. Auch die ländlichen Räume erfüllen umgekehrt Funktionen für die städtischen Verdichtungsräume: Bereitstellung von Agrarflächen, als Erholungs- und Freizeitor und auch als zum Wohnen gewählter Rückzugsort. Ein politisches Ziel muss sein, den ländlichen Raum als spezifischen Landesteil zu verstehen, in dem Menschen leben, arbeiten, wohnen und sozial interagieren. Das bedeutet die Nachteile und Hürden abzubauen, die im ländlichen Raum lebenden Menschen eine gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren.

Unterschiedliche Entwicklungschancen gibt es nicht nur zwischen ländlichen Räumen einerseits und Städten andererseits, sondern auch jeweils innerhalb der ländlichen oder städtischen Räume.

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag wird - begonnen mit einer Auftaktveranstaltung am 29. Juni in Greiz - in den nächsten Jahren das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Thüringen aufgreifen. Im Rahmen von Fraktionssitzungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen an unterschiedlichen Orten in Thüringen werden wir uns dem Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Thüringen verstärkt widmen. Gemeinsam mit Fachverbänden, Kommunalpolitiker:innen, Initiativen und den Menschen vor Ort werden wir die konkreten an den Lebensrealitäten der Menschen in Thüringen anknüpfenden Fragestellungen diskutieren und konkrete Konzepte für eine Politik zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen entwickeln.

www.gleichgut.die-linke-thl.de

*Steffen Dittes,
Fraktionsvorsitzender*

Preisrätsel

Unter allen Einsendungen des richtigen Lösungswortes verlosen wir 10 signierte Exemplar des Buches „...und manchmal platzt der Kragen. Bodo Ramelow – eine Biografie“ von Johannes Maria Fischer. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zuschriften bis 1. September 2022 an: DIE LINKE. Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Fax: 0361-6011141 oder per mail an lgst@die-linke-thueringen.de. Absender bitte nicht vergessen! Die Daten werden lediglich für die Gewinnermittlung und Benachrichtigung der Preisträger*innen verwendet und anschließend gelöscht.

enthalt-sam lebende Frau	chem. Element, Seltenerdmetall	Nebenmeer des Atlantiks	dreiteilig. Schalen-gestell für Obst	Wintersport-gerät	Aristo-kratie	kleines Lasttier	Haut-salbe	Würde, Ansehen	Nach-las-emp-fänger
britischer Südpolarforscher (Robert F.)			ein Nestor-papagei			Wund-belag, Kruste			
		Schulab-schluss-prüfung (Kzw.)		trocken; mager			9	wirklich	törichter Mensch
Fluss zur Aller (Oberharz)			5 ein Pariser Flug-hafen	gefrore-ner Tau		den Inhalt ent-nehmen			13
sandig oder humus-artig	Fuß-oder Hand-rücken	Wein-stock	Deponie für radio-aktive Stoffe			legendä-res Wes-sen im Himalaja	in die Erde setzen		deutsche Schau-spielerin (Barbara)
		3 Frem-d-wort-teil: unter		mit-einander Ver-mählte					14
franz. Herr-scher-anrede			16 Name zweier Rhein-zuflüsse	zugun-ten einer Person, Sache	17	Fußglied	offenes Kultur-land		
Erkäl-tungs-symptom	Wider-hall	12 deut-scher TV-Sender (Abk.)	schwie-rig, heikel				6	Stadt in den Nieder-landen	10
				direkt, original (eng-lisch)		Segel-befehl	Zeitalter		
Tennis-begriff	aufwärts, nach oben		Stück vom Ganzen	ziemlich viel; unerhört					Raub-fisch
stark, gewaltig				ein Europäer			vertrau-lich, im engsten Kreis	eine gerade Zahl	
		Staat in Nahost	Prophet	Luft ein-ziehen und aus-stoßen	Nadel-baum, Taxus			7	Leid, Not
italie-nische Haupt-stadt	Kanton u. Bundes-stadt der Schweiz	8	sicherer Platz, Schutz		18	Jugend-stadium mancher Tiere	2	Astro-naut: ... Arm-strong	11
starkes Brett			1	feier-liches Gedicht	weib-liches Bühnen-fach			unbe-stimmter Artikel	ugs. für nein
			alt-griechi-scher Dichter			speziell zu diesem Zweck			
Null beim Roulette	19 männ-licher Hund		15		im Vorder-grund; führend			unge-braucht	
Fuge, längli-che Vertiefung			Alters-ruhegeld			Miss-günsti-ger			4

12345678910111213141516171819



twitter.com/die_linke_th



instagram.com/die_linke_th



youtube.com/dielinketh



facebook.com/linke.thueringen